

Stellungnahme nach Prüfung des
Umweltverträglichkeitsgutachtens zum
grenzüberschreitenden Gewerbegebiet
Aachen-Heerlen

27. August 1996

635-109

/

ISBN 90-421-0114-8
Utrecht, Commissie voor de milieu-effectrapportage.



commissie voor de milieu-effectrapportage

An den Stadtrat der Stadt Heerlen
Postfach 1
6400 AA HEERLEN

Ihr Zeichen
1241/4571

Ihre Nachricht vom
21. Juni 1996

Unser Zeichen
U563-96/HI/mw/635-112

Betreff
Stellungnahme nach Prüfung des
Umweltverträglichkeitsgutachtens zum
grenzüberschreitenden Gewerbegebiet
Aachen – Heerlen

☐ Durchwahl
+31 30 234 76 27

Utrecht (Niederlande),
27. August 1996

Mit dem obengenannten Schreiben haben Sie dem Ausschuß für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) die Gelegenheit geboten, eine prüfende Stellungnahme zum Umweltverträglichkeitsgutachten für die Beschlußfassung über das grenzüberschreitenden Gewerbegebiet Aachen-Heerlen abzugeben.

Entsprechend Artikel 7.26 des niederländischen Umweltschutzgesetzes (Wet milieubeheer, Wm) möchte ich Ihnen hiermit die Stellungnahme des Ausschusses vorlegen.

Der Ausschuß hofft, daß er mit seiner Stellungnahme einen konstruktiven Beitrag zur Beschlußfassung leisten kann. Der Ausschuß würde es sehr begrüßen, wenn Sie ihn darüber informieren könnten, inwieweit und in welcher Weise die von ihm erteilten Empfehlungen von Ihnen berücksichtigt werden.

Drs. L. van Rijn-Vellekoop
Vorsitzender der Arbeitsgruppe UVP
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet
Aachen-Heerlen

Stellungnahme nach Prüfung des
Umweltverträglichkeitsgutachtens zum
grenzüberschreitenden Gewerbegebiet Aachen-Heerlen

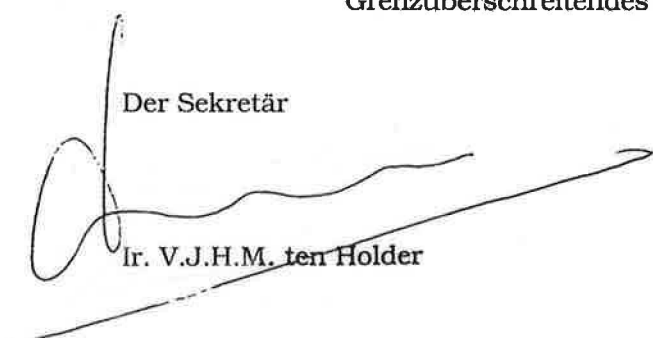
Stellungnahme zum Umweltverträglichkeitsgutachten über das grenzüberschreitende Gewerbegebiet Aachen-Heerlen gemäß Artikel 7.26 des niederländischen Umweltschutzgesetzes (Wet milieubeheer).

Die Stellungnahme wurde vom Ausschuß für die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Stadtrat der Stadt Heerlen erstellt.

Im Auftrag des Ausschusses:

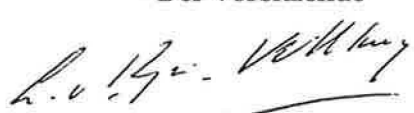
Die Arbeitsgruppe UVP
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen-Heerlen

Der Sekretär



Ir. V.J.H.M. ten Holder

Der Vorsitzende



Drs. L. van Rijn-Vellekoop

Utrecht, den 27. August 1996

INHALT

	Seite
1. Einleitung	1
2. Allgemeines Urteil über das Umweltverträglichkeitsgutachten	2
3. Empfehlungen für die Beschlußfassung	3
3.1 Zulassung der Betriebsklassen	3
3.2 Umweltfreundlichste Alternative	4
3.3 Wasserhaushalt der Bäche	5
3.4 Lärmbelastung	5

Anlagen

1. Schreiben der zuständigen Behörde vom 21. Juni 1996 in dem der Ausschuß zur Abgabe einer Stellungnahme zum Inhalt des Umweltverträglichkeitsgutachtens beauftragt wird.
2. Öffentliche Bekanntmachung der Auslegung des Umweltverträglichkeitsgutachtens und des "Bebauungsplan-Vorentwurfs" vom 12. Juni 1996.
3. Angaben zum Projekt
4. Liste der schriftlichen Einwendungen und Empfehlungen

1. EINLEITUNG

Die Arbeitsgemeinschaft der Städte Heerlen und Aachen plant die Errichtung eines grenzüberschreitenden Gewerbegebiets im niederländisch-deutschen Grenzgebiet Langveld. Das Gewerbegebiet wird teils auf niederländischem Gebiet und teils auf deutschem Gebiet liegen.

Das geplante Gewerbegebiet erstreckt sich über 117 Hektar, von denen 57 Hektar auf niederländischer Seite und 60 Hektar auf deutscher Seite liegen. Aufgrund der begrenzten Größe des Gebiets auf der niederländischen Seite ist die geplante Maßnahme nach der niederländischen UVP-Gesetzgebung nicht UVP-pflichtig. In bezug auf den niederländischen Teil des Gewerbegebiets handelt es sich also um ein freiwilliges UVP-Verfahren.

In der Richtlinienphase wurde von einem Gewerbegebiet für High-tech-Unternehmen mit einem emissionsarmen Profil ausgegangen; daher war die Initiative auch nach der deutschen Gesetzgebung (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) nicht UVP-pflichtig. Da sich bezüglich des Vorhabens zwischenzeitlich Änderungen dahingehend ergeben haben, daß unter bestimmten Bedingungen auch leichtindustrielle Unternehmen zugelassen werden können, die nach der deutschen Gesetzgebung (4. BImSchV, Spalte 1) formal genehmigungspflichtig sind, ist die Initiative gemäß der deutschen Gesetzgebung UVP-pflichtig geworden.

Es wurde der Beschluß gefaßt, ein gemeinsames Umweltverträglichkeitsgutachten zu erstellen, das sowohl in der Stadt Heerlen als auch in der Stadt Aachen bei der Beschlußfassung zugrunde gelegt wird, und zwar unter Anwendung des niederländischen UVP-Verfahrens.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dient zur Vorbereitung des Beschlusses zur Feststellung des "Bestemmingsplan" durch die Stadt Heerlen und des Bebauungsplans durch die Stadt Aachen.

Die Heerleener Stadtverwaltung fungiert im Rahmen des niederländischen UVP-Verfahrens als zuständige Behörde.

In einem Schreiben vom 27. Juni 1996 (Anlage 1) hat der Magistrat der Stadt Heerlen dem Ausschuß für die Umweltverträglichkeitsprüfung die Gelegenheit der Abgabe einer Stellungnahme zum Inhalt des Umweltverträglichkeitsgutachtens zur geplanten Erschließung des Gewerbegebiets geboten. Das Umweltverträglichkeitsgutachten wurde zusammen mit dem "Bebauungsplan-Vorentwurf" ab dem 20. Juni 1996 zur Einsichtnahme ausgelegt (Anlage 2).

Die Stellungnahme wurde von einer Arbeitsgruppe des Ausschusses erstellt. Die personelle Besetzung dieser Arbeitsgruppe ist aus Anlage 3 dieser Stellungnahme zu ersehen.

Der Ausschuß hat das Umweltverträglichkeitsgutachten dahingehend überprüft, ob es genügend Informationen für die Beschlußfassung enthält. Gemäß Artikel 7.26 des niederländischen Umweltschutzgesetzes (Wet milieubeheer) wurde dabei geprüft:

- ob das Umweltverträglichkeitsgutachten den Richtlinien für die UVP entspricht¹];
- ob eventuell Unrichtigkeiten festzustellen sind²];
- ob das Umweltverträglichkeitsgutachten den gesetzlichen Bestimmungen über den Inhalt eines solchen Gutachtens entspricht³].

Entsprechend Artikel 7.26, Absatz 2, des niederländischen Umweltschutzgesetzes (Wet milieubeheer) hat der Ausschuß die bei den zuständigen Behörden eingegangenen schriftlichen Einwendungen zum Umweltverträglichkeitsgutachten (siehe Anlage 4) mit berücksichtigt.

2. ALLGEMEINES URTEIL ÜBER DAS UMWELTVERTRÄGLICHKEITSGUTACHTEN

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß das Umweltverträglichkeitsgutachten genügend Informationen für die Beschlußfassung über den "Bebauungsplan" für das grenzüberschreitende Gewerbegebiet Aachen-Heerlen (GOB) bietet.

Das Umweltverträglichkeitsgutachten soll Informationen enthalten, die als Grundlage für die Beschlußfassung über den niederländischen "Bestemmingsplan" wie auch den deutschen Bebauungsplan dienen können. Für diese Beschlüsse sind teils unterschiedliche Informationen erforderlich, was durchaus zu Problemen hätte führen können. Da bei der Beschreibung der Umweltauswirkungen jedoch von den umfassendsten inhaltlichen Anforderungen ausgegangen wurde, ist es bei diesem Umweltverträglichkeitsgutachten gelungen eine Grundlage für beide Beschlüsse zu schaffen.

Der Ausschuß möchte seine Anerkennung für die Art und Weise aussprechen, in der das Thema Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen behandelt wurde. Die Ausgestaltung dieses Aspekts in dem Umweltverträglichkeitsgutachten ist für niederländische Verhältnisse neu und zeigt deutlich auf, wie der Verlust von Naturelementen ausgeglichen werden kann und nach deutscher Gesetzgebung sogar muß, wobei zugleich auch die Rahmenbedingungen für die tatsächliche Realisierung genannt werden. Das Umweltverträglichkeitsgutachten gibt dabei Aufschluß über die finanziellen Konsequenzen, die mit dem Ausgleichsplan verknüpft sind, und liefert damit die für die Beschlußfassung erforderlichen Informationen. Der Ausschuß stellt fest, daß im Planentwurf zwar die Rahmenbedingungen Berücksichtigung fanden, jedoch (noch) keine spezifische Festlegung der erforderlichen Mittel vorgenommen wurde, wie es die deutsche Gesetzgebung verlangt.

1 Niederländisches Umweltschutzgesetz (Wet milieubeheer), Artikel 7.23, Absatz 2

2 Niederländisches Umweltschutzgesetz (Wet milieubeheer), Artikel 7.23, Absatz 2

3 Niederländisches Umweltschutzgesetz (Wet milieubeheer), Artikel 7.10

Gleichzeitig ist der Ausschuß der Meinung, daß die Gestaltung des Umweltverträglichkeitsgutachtens im Hinblick auf den Entwurf des Bebauungsplans in einigen Punkten zu wünschen übrig läßt:

- Das Umweltverträglichkeitsgutachten enthält Widersprüchlichkeiten, was die Art der zulässigen Unternehmen anbelangt.
- Die in Kapitel 6 beschriebenen Varianten für das Vorhaben wurden in Kapitel 7 nicht systematisch hinsichtlich der Umweltauswirkungen beurteilt. Die Übersicht über die Umweltauswirkungen der Varianten in Kapitel 8 (Tabelle 8.3.1) knüpft nicht ganz schlüssig an die vorangehenden Informationen in den Kapiteln 6 und 7 an.
- Das im Vorentwurf formulierte Vorhaben setzt sich zwar aus Varianten zusammen, die im Umweltverträglichkeitsgutachten beschrieben sind, doch die Auswahl dieser Varianten wird im Umweltverträglichkeitsgutachten nicht begründet.
- Die umweltfreundlichste Alternative ist unvollständig und müßte um einige Maßnahmen und Empfehlungen ergänzt werden, die in Tabelle 8.3.2 und in Kapitel 9 ("Empfehlungen") beschrieben sind.

Ferner stellt der Ausschuß Unzulänglichkeiten fest bei den Angaben über die Beeinflussung des Wasserhaushalts in nahegelegenen Bächen und über die aus der Realisierung des Vorhabens resultierende Lärmbelastung.

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die genannten Unzulänglichkeiten keine formale Ergänzung des Umweltverträglichkeitsgutachtens erfordern. Da diese Informationen allerdings für die Beschlußfassung eine Rolle spielen, wird empfohlen, in der Erläuterung zum Entwurfsplan nähere Angaben zu diesen Themen zu machen. Eine Ausarbeitung dieser Punkte findet sich in Kapitel 3.

3. EMPFEHLUNGEN FÜR DIE BESCHLUSSFASSUNG

3.1 Zulassung der Betriebsklassen

Für eine realistische Einschätzung der Umweltauswirkungen des Gewerbegebiets ist die Festlegung der zulässigen Unternehmenstypen eine wichtige Voraussetzung. Das Umweltverträglichkeitsgutachten selbst weist in diesem Punkt an verschiedenen Stellen Widersprüchlichkeiten auf. So wird im Umweltverträglichkeitsgutachten (Seite 2) angegeben, daß das Vorhaben gegenüber der Situation in der Richtlinienphase geändert wurde und daß es nicht mehr um ein emissionsarmes Gewerbegebiet geht. Es wird dann jedoch auf Seite 10 bei der Beschreibung der Hauptfunktionen des GOB das Bild eines emissionsarmen Gewerbegebiets skizziert. Der gleiche Widerspruch läßt sich auch im Text von Kapitel 6 ermitteln. Schließlich wird in Kapitel 8 von einem

Gewerbegebiet mit einem durchschnittlichen Emissionspotential ausgegangen, ohne daß eine nähere Konkretisierung erfolgt⁴].

Die Richtlinien geben vor, daß im Rahmen des Umweltverträglichkeitsgutachtens auf das angestrebte zahlenmäßige Verhältnis der verschiedenen Betriebsklassen eingegangen werden sollte, wobei die mögliche Bandbreite anhand von Szenarios darzustellen wäre. Es wurde empfohlen, ausgehend von dieser Auswahl Emissionsprofile zu erstellen, die ein Bild von den Umweltauswirkungen des Vorhabens vermitteln. Es ist richtig, daß die zuständige Behörde ausgehend vom niederländischen Umweltschutzgesetz (Wet milieubeheer) über genügend Möglichkeiten verfügt, unerwünschte Immissionen zu verhindern. Da jedoch im Umweltverträglichkeitsgutachten nur sehr globale Emissionsprofile wiedergegeben werden, bleibt unklar, welche konkreten Umweltauswirkungen mit der Erweiterung oder Einschränkung der Liste der zulässigen Unternehmen verbunden sind. Überdies sind diese Informationen für die Anwendung der Ausnahmeregelung für Betriebe der Klasse IV von Bedeutung, sowie auch für die allgemeine Freistellungsregelung, die die Zulassung einer schwereren Kategorie ermöglicht, wenn nachgewiesen wird, daß die Umweltauswirkungen gleich sind wie bei den zulässigen Kategorien.

Der Ausschuß empfiehlt, in der Erläuterung zum Entwurf des Bebauungsplans anhand von Angaben über konkrete Emissionsprofile Informationen über die Auswahl von zulässigen Betriebsklassen zu erteilen.

3.2 Umweltfreundlichste Alternative

Wie im vorangehenden Kapitel erwähnt, ist der Ausschuß der Meinung, daß die im Umweltverträglichkeitsgutachten beschriebene umweltfreundlichste Alternative nicht vollständig ist und um Maßnahmen erweitert werden kann, die zwar im Umweltverträglichkeitsgutachten beschrieben, jedoch nicht als Teil der umweltfreundlichsten Alternative aufgeführt sind. In Kapitel 8 werden einige Maßnahmen genannt, die zur umweltfreundlichsten Alternative gehören können. Der Ausschuß denkt dabei u.a. an die erwähnte Beschränkung von Bodenbefestigungen, die Reinigung von Dachwasser und die Nutzung dieses Wassers für sekundäre Zwecke. Im Umweltverträglichkeitsgutachten wird nicht begründet, warum diese Maßnahmen nicht in die umweltfreundlichste Alternative mit eingeflossen sind. Entsprechend der deutschen UVP-Systematik sind in Kapitel 9 einige Empfehlungen zur Begrenzung der Umweltauswirkungen enthalten, wie u.a. die Realisierung spezifischer Grünanlagen und beleuchtungstechnischer Maßnahmen. Im niederländischen UVP-Ansatz sind solche Maßnahmen ein Bestandteil der umweltfreundlichsten Alternative.

Der Ausschuß empfiehlt, in der Erläuterung zum Planentwurf doch noch alle in Betracht kommenden Maßnahmen darzustellen, die in die umweltfreundlichste Alternative mit einfließen können, wobei auch Angaben über den Umweltgewinn insgesamt erteilt werden sollten, der im Vergleich zum Vorhaben erzielbar wäre.

4 Siehe Anlage 4, Einwendungen 1, 11 und 12

3.3 Wasserhaushalt der Bäche

Das Umweltverträglichkeitsgutachten bietet eine qualitative Einschätzung der Auswirkungen des Vorhabens auf die nahegelegenen Bäche, wobei erwähnt wird, daß konkretere Informationen erst erteilt werden können, wenn ein aktuelles Entwässerungskonzept fertiggestellt ist.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß im Umweltverträglichkeitsgutachten trotz des Fehlens dieses ausgearbeiteten Entwässerungskonzepts ein konkreteres Bild hätte vermittelt werden können. Es läßt sich ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Bodenversiegelung und dem Regenwasser, das untief abfließen kann, feststellen. Anhand der Informationen über den prozentualen Anteil des Bachwassersystems, der vom Plangebiet beeinflusst wird, ist eine annähernde Quantifizierung der durch die Realisierung des Vorhabens bedingten Änderung des Bachabflusses möglich⁵].

Der Ausschuß empfiehlt, diese Information noch nachträglich im Rahmen der Erläuterung zum Planentwurf zu erteilen.

3.4 Lärmbelastung

Bei der Beschreibung der derzeitigen Lärmbelastungssituation fehlen Informationen über die bereits vorhandene Belastung, die von bestehenden Industriegebieten ausgeht. Auf entsprechende Nachfrage wurde dem Ausschuß mitgeteilt, daß eine Zone um das Industriegebiet "De Beitel" festgelegt wurde. Außerdem wurde eine Bestandsaufnahmestudie durchgeführt, um eine Zone um das Industriegebiet Willem Sophia zu definieren. Ausgehend von den Daten, die diesen Zoneneinteilungen zugrunde liegen, hätte ein Eindruck von der bereits vorhandenen Lärmbelastung durch die Industriegebiete in der Umgebung vermittelt werden können⁶].

Im Umweltverträglichkeitsgutachten wird beschrieben (Seite 104), daß bei der Prognose der autonomen Entwicklung die Realisierung des Industriegebiets Beitel-Süd Berücksichtigung findet und daß bezüglich des Lärms ein Schalleistungspegel von 65 dB(A) je m² zugrunde gelegt wird.

Die Lärmbelastung durch das Vorhaben wird in Form von Schallkonturen des von der Industrie im Plangebiet verursachten Lärms präsentiert. Ob dabei die Lärmbelastung durch die autonome Entwicklung mit berücksichtigt wurde, läßt sich aus den erteilten Informationen nicht ersehen.

Der Ausschuß empfiehlt, bei der Erläuterung zum Entwurf des Bebauungsplans auf diesen Punkt einzugehen.

5 Siehe Anlage 4, Einwendung Nr. 9

6 Siehe Anlage 4, Einwendung Nr. 7, 8 und 22

ANLAGEN

zur Stellungnahme nach Prüfung des
Umweltverträglichkeitsgutachtens zum
grenzüberschreitenden Gewerbegebiet
Aachen – Heerlen

(Anlagen 1 bis 4)

ANLAGE 1

Schreiben der zuständigen Behörde vom 21. Juni 1996 in dem der Ausschuss zur Abgabe einer Stellungnahme zum Inhalt des Umweltverträglichkeitsgutachtens beauftragt wird



Gemeente Heerlen

postbus 1
6400 AA heerlen
telefoon [045] 560 50 40
telefax [045] 560 44 90

MER-commissie
t.a.v. Mw. V. Ten holder
Postbus 2345
3500 GH Utrecht

	Commissie voor de milieu-effectrapportage
ingekomen :	28 JUNI 1996
nummer :	1063-ab
dossier :	635-8g IX
kopie naar :	HL-Sc-pro-bph

uw kenmerk

ons kenmerk

bijlage[n]

behandeld door dienst

12414571

doorkiesnummer

Stadsontwikkeling

Milieuzorg

5604571

Grensoverschrijdend
bedrijventerrein Aachen - Heerlen

21 juni 1996

27 JUNI 1996

Hierbij doen wij U overeenkomstig artikel 7.20 van de Wet Milieubeheer het milieu-effectrapport/ omwettverträglichkeitsstudie (MER/UVP) inzake de bestemmingsplanprocedure voor het Grensoverschrijdend Bedrijventerrein Aachen - Heerlen toekomen. Tevens is bijgevoegd het voorontwerp-bestemmingsplan zoals dat ook is toegezonden aan de Provinciale Planologische Commissie (PPC).

Het MER en de daarbij behorende stukken hebben wij ter inzage gelegd zoals aangegeven in bijgevoegde bekendmaking. De termijn waarbinnen belanghebbenden kunnen reageren hebben wij verlengd met 7 dagen in verband met het niet tijdig ter beschikking hebben van de benodigde informatie.

De openbare zittingen voor het maken van opmerkingen over het MER zullen plaatsvinden op 25 juni in de Mehrzweckhalle in Richterich (Duitsland) en op 28 juni a.s. in de Harmoniezaal te Bochoitz.

Het MER Grensoverschrijdend bedrijventerrein Aachen-Heerlen hebben wij getoetst aan de in de Wet milieubeheer gestelde regels voor de inhoud van het MER, alsmede aan de door de Raad vastgestelde richtlijnen. Wij zijn van oordeel dat het MER in zijn algemeenheid voldoende informatie biedt om te dienen als grondslag voor de besluitvorming.

behandeld door

ING Bank heerlen 67 28 14 471
postgiro 1033750



Gemeente Heerlen

Wij verzoeken u overeenkomstig artikel 7.26 van de Wet milieubeheer uw advies uit te brengen over het MER Grensoverschrijdend bedrijventerrein Aachen - Heerlen.

Burgemeester en wethouders van Heerlen,

de secretaris,

de burgemeester,
namens deze,
de directeur van de dienst
Stadsontwikkeling,

J. De Lang

K. Wotters.

Bijlage:

1. MER
2. Voorontwerp-bestemmingsplan.
3. Nota college B&W.
4. Bekendmaking.

ANLAGE 2

Öffentliche Bekanntmachung der Vorlage des Umweltverträglichkeitsgutachtens und des "Bebauungsplan-Vorentwurfs" vom 12. Juni 1996



Gemeente Heerlen

12/6/96

Informatie over gemeentelijke zaken

Zeer regelmatig neemt de gemeente Heerlen besluiten die consequenties hebben voor haar inwoners. In het Gemeentelijk informatie-centrum ligt een overzichtlijst van deze besluiten voor alle belangstellenden ter inzage. Bovendien liggen hier ook de besluitenlijsten van de college- en raadsvergaderingen ter inzage. Deze teksten zijn tegen betaling ook verkrijgbaar. (Een en ander conform artikel 133 Gemeentewet en artikel 340 Awbi).

Ook voor antwoord op vragen over gemeentelijke zaken, nota's, voor gratis brochures over uiteenlopende onderwerpen en voor het bekijken van tentoonstellingen over diverse thema's kunt u terecht in het Gemeentelijk informatie-centrum, Raadhuisplein 20, telefoon 5605050, geopend maandag t/m vrijdag: 9.30-17.15 uur.

Spreekuur wethouders

Voor spreekuur wethouders Zuidgeest en Houben vooraf telefonisch aanmelden via nummer 5604022.

Voor spreekuur wethouders Savelsbergh en Evers vooraf telefonisch aanmelden via nummer 5604021.

Voor spreekuur wethouders Seijben en Simons vooraf telefonisch aanmelden via nummer 5604602.

Milieu-effectrapport en voorontwerp bestemmingsplan

Grensoverschrijdend bedrijventerrein Aken-Heerlen

Burgemeester en Wethouders van Heerlen maken bekend, dat op 31 mei 1996 bij hen is binnengekomen het door het Samenwerkingsverband Aken - Heerlen (de initiatiefnemer) opgestelde milieu-effectrapport / Umweltverträglichkeitsstudie (MER/UVP) in het kader van de bestemmingsplanprocedure Grensoverschrijdend bedrijventerrein Aken - Heerlen. Het plangebied wordt globaal begrensd door de provinciale autoweg N281, de Autoweg A 76 en de Bochtolterweg richting Horbach.

Terinzagelegging

Overeenkomstig de bepalingen in de Wet Ruimtelijke Ordening en in de Wet Milieubeheer worden het voorontwerp bestemmingsplan en het milieu-effectrapport, de startnotitie en de adviezen en inspraakreacties die ontvangen zijn ten behoeve van het opstellen van de richtlijnen evenals de door de Raden van Aken en Heerlen vastgestelde richtlijnen ter inzage gelegd. Deze stukken liggen tijdens kantooruren van 14 juni 1996 tot en met 12 juli 1996 op de volgende plaatsen ter inzage:

Gemeente Heerlen in het gemeentelijk informatiecentrum, Raadhuisplein.

Gemeente Simepeld ten gemeentehuize, Markt 1, werkdag van 9.00 tot 12.00 uur plus donderdag van 14.00 tot 17.00 uur en in de Openbare bibliotheek, Dr. Ottenstraat 58, tijdens de openingsuren plus vrijdag van 17.00 tot 20.00 uur.

Gemeente Bochtoltz in de Openbare bibliotheek, Wilhelmijnstraat 19, tijdens de openingsuren plus donderdag van 19.00 tot 21.00 uur.

Gemeente Kerkrade in het Stadswaardenhuis, Marktstraat 1, werkdag van 8.00 tot 15.00 uur, donderdags van 8.00 tot 19.00 uur en in de bibliotheek Kerkrade-West, Ons Limburgstraat 66A, tijdens de openingsuren plus dinsdag van 18.00 tot 20.00 uur.

b e k e n d m a c h i n g

Gemeente Aken, Bezirksamt Richterich, Roermonderstrasse 559 van maandag tot en met donderdag van 8.00 tot 12.00 uur, vrijdag van 8.00 tot 11.30 uur en woensdagmiddag van 14.00 tot 17.30 uur.

Bezirksamt Laurensberg, Rathausstrasse 12, kamer 12 van maandag tot en met donderdag van 8.00 tot 12.00 uur, vrijdag van 8.00 tot 11.30 uur en woensdagmiddag van 14.00 tot 17.30 uur.

Inspraak

Op 28 juni 1996 wordt een openbare zitting gehouden te Bochtoltz in de Harmoniezaal Dr. Nolensstraat 7 en op 25 juni 1996 te Richterich in de Mehrzweckhalle Grüenthalerstrasse. De aanvangstijd is 19.30 uur. Hier kunnen mondelinge opmerkingen worden gemaakt over het voorontwerp-bestemmingsplan en het MER. De opmerkingen over het MER kunnen slechts betrekking hebben op het al dan niet voldoen aan de richtlijnen voor de milieu-effectrapportage of op onjuistheden in het MER. Tevens bestaat de mogelijkheid schriftelijk opmerkingen in te dienen over het MER. Omdat het organisatorisch niet mogelijk is gebleken een derde openbare zitting te organiseren in de wijk De Gracht te Kerkrade worden de bewoners van die wijk speciaal uitgenodigd op een van de twee genoemde bijeenkomsten.

Reacties

Schriftelijke reacties aangaande het voorontwerp-bestemmingsplan en het MER kunnen onder vermelding van nummer nr. 150 op de enveloppe en brief, in de linker bovenhoek, tot en met 12 juli 1996 worden ingediend bij het College van Burgemeester en Wethouders te Heerlen, Postbus 1, 6400 AA Heerlen.

De inspraakreacties worden ter kennis gebracht aan de initiatiefnemer voor het MER, aan de Commissie voor de milieu-effectrapportage en aan de wettelijke adviseurs. Tevens worden de reacties ter inzage gelegd. U kunt bij uw reactie de wens te kennen geven dat uw persoonlijke gegevens niet bekend worden gemaakt. De ingekomen reacties en het advies van de MER-commissie worden betrokken bij het opstellen van het ontwerp-bestemmingsplan.

Exemplaren van het milieu-effectrapport kunnen tegen kostprijs (f. 30,-) worden verkregen bij het gemeentelijk informatiecentrum te Heerlen. De samenvatting kost f. 7,50.

ANLAGE 3

Angaben zum Projekt

Initiator: Kooperationsverbund der Städte Heerlen und Aachen

Zuständige Behörde: Stadtrat Heerlen

Beschluß: freiwillige UVP

Kategorie des Beschlusses UVP: nicht zutreffend

Vorhaben: Realisierung eines grenzüberschreitenden Gewerbegebietes im niederländisch-deutschen Grenzgebiet Langveld

Verfahrenstechnische Angaben: Bekanntmachung der Startnotiz: 24. August 1994

Ausgabe der Richtlinienempfehlung: 15. November 1994

Richtlinien festgestellt: 10. Januar 1995

Vorlage des Umweltverträglichkeitsgutachtens: 12. Juni 1996

Abgabe der Stellungnahme: 27. August 1996

Besondere Angaben:

Der Ausschuß kommt zu dem Schluß, daß das Umweltverträglichkeitsgutachten genügend Informationen für die Beschlußfassung über den Bebauungsplan bietet. Er empfiehlt, im Hinblick auf die definitive Beschlußfassung folgende Punkte näher zu erläutern: die Auswahl der zulässigen Betriebsklassen, die Zusammensetzung der umweltfreundlichsten Alternative, die Beeinflussung des Wasserhaushalts der nahegelegenen Bäche und die Lärmbelastung in Gegenüberstellung zur autonomen Entwicklung im Studiengebiet.

Zusammensetzung der Arbeitsgruppe:

Prof. Dr. C.W. Backes

Ir. S.M. Bodmer-Sluis

drs. P.J.L. van den Dries (Prüfungsphase)

Ir. B.N. de Koning (Richtlinienphase)

Ir. E.A.J. Luiten (Richtlinienphase)

drs. L. van Rijn-Vellekoop (Vorsitzender Prüfungsphase)

Ir. F.J. Schuurman

Mr. A.A.M.F. Staatsen (Vorsitzender Richtlinienphase)

Dr. W. Haneklaus hat die Arbeitsgruppe in der Richtlinienphase hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen unterstützt, die an eine Umweltverträglichkeitsstudie für einen Bebauungsplan in Deutschland zu stellen sind.

In der Prüfungsphase hat Dr. A. Herforth die Arbeitsgruppe hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen unterstützt, die an den Abschnitt über die Ausgleichsmöglichkeiten zu stellen sind.

Schriftführer der Arbeitsgruppe:

Ir. V.J.H.M. ten Holder

ANLAGE 4

Liste der Einwendungen und Empfehlungen

Nr.	Datum	Person oder Instanz	Ort	Eingangsdatum UVP-Ausschuß
1.	960703	Belangengroep "Houdt Bocholtz Leefbaar"	Bocholtz	960724
2.	960708	Naturschutzbund Deutschland	Aachen (D)	960724
2a.	960613	idem		960724
3.	960709	E.Ch. van Moll-Wenzel	Bocholtz	960724
4.	960712	Stichting Milieufederatie Limburg	Sittard	960724
5.	960716	Buro voor Rechtshulp noord en midden Limburg, namens de Stichting Dassenwerkgroep Limburg	Roermond	960724
6.	960714	Stichting Hamsterwerkgroep Limburg	Geleen	960724
7.	960716	Burgemeester en Wethouders van de gemeente Simpelveld	Simpelveld	960724
7a.	960716	idem		960724
8.	960716	J.H. Keijdener	Bocholtz	960724
9.	960716	Zuiveringschap Limburg	Roermond	960724
10.	960716	Dipl.- Ing. Th. Lenz	Aachen (D)	960724
11.	--	Aktiegroep Industrieterrein Langveld	Bocholtz	960724
11a.	--	idem		
12.	960718	Burgemeester en wethouders van de gemeente Kerkrade	Kerkrade	960724
13.	960710	Limburgse organisatie van zelfstandige ondernemers, afdeling Heerlen	Heerlen	960724
14.	960717	PvdA Simpelveld - Bocholtz	Bocholtz	960724
15.	960718	Burgemeester en wethouders van de gemeente Landgraaf	Landgraaf	960724
16.	960718	Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek	Amersfoort	960724
17.	960716	St. Gillishof, vakantieboerderij	Bocholtz	960724

Nr.	Datum	Person oder Instanz	Ort	Eingangsdatum UVP-Ausschuß
18.	960718	N.V. Waterleidingmaatschappij Limburg	Maastricht	960724
19.	960716	Kamer van Koophandel en Fabrieken Zuid-Limburg	Heerlen	960724
20.	960717	Visvereniging Bocholtz	Bocholtz	960724
21.	960712	Stichting Dassenwerkgroep Limburg	Margraten	960724
22.	960729	Aelmans Agrarische Advisering namens N.E.O.M. Geron	Voerendaal	960724
23.	960719	Stienstra Bedrijfsprojektontwikkeling B.V.	Heerlen	960724
24.	960712	EWIV zur Gründung einer grenzüberschreitenden Energieversorgungsgesellschaft Gewerbegebiet Aachen - Heerlen	Aachen (D)	960724
25.	960726	Aelmans Agrarische Advisering namens H.H.G. Merx	Voerendaal	960802
26.	960726	Waterschap Roer en Overmaas	Sittard	960802
27.	960625	Verslag van de openbare zitting te Richterich (D)		960820
28.	960628	Verslag van de openbare zitting te Bocholtz		960820